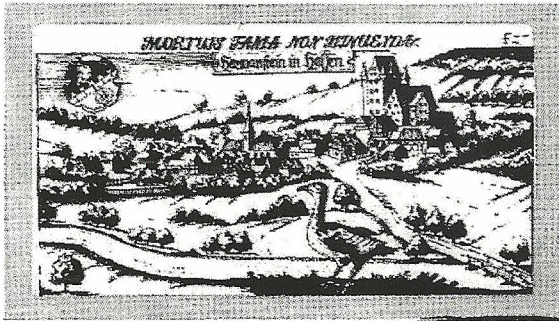


Die Lupe

Ausgabe: **September 2013**

Informationen
SPD
Hermannstein
Blasbach



Aus dem Inhalt:

**Einladung zum Grillfest
am 15. September**

Wahltag am 22. September

Warum Deutschland den Wechsel braucht

Alternative Stimmabgabe - Briefwahl

Liebe Leserinnen und Leser,

am 22. September 2013 wählen wir sowohl den Deutschen Bundestag als auch den Hessischen Landtag. Sie alle sind hierüber informiert und haben – soweit Sie wahlberechtigt sind – schon einige Tage Ihre Wahlbenachrichtigung zu Hause liegen. Wir bitten Sie heute, machen Sie unbedingt von Ihrem Wahlrecht Gebrauch. Die Wahlhandlung ist ganz einfach, nimmt nur wenig Zeit in Anspruch und gibt Ihnen die Chance, Einfluß auf die Politik in Bund und Land zu nehmen. Auf den folgenden Seiten unternehmen wir den Versuch, den Unterschied zwischen uns und den anderen Mitbewerbern deutlich und damit verständlich zu machen, warum Sie uns – der SPD – Ihr Vertrauen geben können.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind eine starke Partei mit großer Geschichte und mit der Kraft für die Zukunft. Immer wenn wir in Deutschland regierten, war das gut für die Menschen und das Land. Am 22. September – in wenigen Tagen – wollen wir wieder die bestimmende politische Kraft in Deutschland und in Hessen sein. Mit Peer Steinbrück als Bundeskanzler und Thorsten Schäfer-Gümbel als Ministerpräsident. Und beide haben ein starkes Team.

Und wir haben auch die besseren Inhalte und Ideen. Unser Regierungsprogramm zeigt den Weg in eine sichere Zukunft: sozial und demokratisch.

Wir wollen kein „Weiter so“, wir wollen den Aufbruch zum Besseren. Wir wollen, dass es in unserem Land fairer, gerechter und menschlicher zugeht. Wir haben ein Konzept, wie wir Deutschland weiter voranbringen und wie wir dafür sorgen, dass sich eine Weltwirtschaftskrise nicht wiederholen kann.

Wir haben einen Plan für die Zukunft von Deutschland !

Die Union setzt darauf, dass der Wahlkampf in diesem Jahr fast ausfällt. Sie will die Menschen einlullen. Darum versprechen CDU und CSU in ihrem Programm beliebig alles. Die Pläne von Union und FDP basieren auf denselben marktradikalen Gesetzen wie vor der Krise. Schwarz-Gelb ist die Koalition des alten Denkens und der gescheiterten Rezepte. Es wäre erneut eine Regierung, die bei den Schwachen sparen würde, um Steuer-senkungen für wenige Großverdiener zu finanzieren. Unter die Räder kämen alle, die den Staat brauchen: Familien, Schüler und Studierende, Arbeitslose und Kurz-arbeiter, Kranke und Rentner und vor allem die Kommunen.

Deshalb ist es so wichtig, dass wir eine solche Regierung verhindern. Das können wir, und das werden wir auch.

Die Meinungsbefrager und Meinungsmacher entscheiden jedenfalls nicht ! Sie haben schon oft daneben gelegen.

Die Redaktion

Nutzen Sie Ihre Chance. Gehen Sie zur Wahl und wählen Sie die S P D .

Warum Deutschland den Wechsel braucht

Schwarz-Gelb ist die schlechteste Regierung seit Bestehen der Bundesrepublik: Streit, Chaos, Stillstand und kein Ziel außer Machterhalt. Die Regierung verspielt die Zukunft und zehrt von der Substanz. Die Koalition hat 2010 mit 3,6 % Wachstum begonnen – ein Erfolg der Vorgängerregierungen. Sie endet mit einer 0.3 %-Prognose und die Arbeitslosigkeit steigt wieder. 100 Milliarden neue Schulden, aber keine Investitionen. 46 Gipfel bringen keine Ergebnisse, nur öffentliche Beuerungen und keine Entscheidungen. **Merkel** betreibt Heuchelei und vorsätzlichen Wahlbetrug. 2009 versprach sie 24 Milliarden Euro Steuersenkungen, die nie kamen. 2013 verspricht sie 45 Milliarden Euro höhere Sozialausgaben, ohne Gegenfinanzierung und unter Finanzierungsvorbehalt. Die Menschen werden für dumm verkauft.

Die Schadensbilanz der Kanzlerin

Die Koalition kürzt die Arbeitsförderung trotz Fachkräftemangel und Langzeitarbeitslosigkeit. Sie blockiert den gesetzlichen Mindestlohn und gleichen Lohn für gleiche Arbeit trotz auseinanderdriftender Löhne. Die Wirtschaft stagniert, die Regierung tut nichts: Keine Förderung von Mittelstand und Industrie, keine Investitionen in Infrastruktur und Innovationen, keine Maßnahmen gegen Fachkräftemangel. Die Regierung schont die Banken und verhindert den Verbraucherschutz im Finanzsektor. Die Finanztransaktionssteuer droht ein Lippenbekenntnis zu bleiben.

Schwarz-Gelb investiert zu wenig in Forschung und Entwicklung. Die versprochene steuerliche Forschungsförderung blieb aus.

Die Koalition verursacht einen Investitionsstau bei der Infrastruktur. Seit 2010 hat sie dem Verkehrssektor 5 Milliarden Euro entzogen.

Schwarz-Gelb gefährdet die Energiewende. Erst Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke 2010, dann Kehrtwende und Abschaltung von acht Atomkraftwerken 2011. Ohne Plan für Erneuerbare Energien, Netzausbau, Speichertechnik, Energieeffizienz, fossile Kraftwerkskapazitäten. Das Chaos verhindert Investitionssicherheit. Die Strompreise steigen ungebremst.

Mit Schwarz-Gelb gibt es das Betreuungsgeld statt Investitionen in Kitas und Ganztagschulen. Die Bildungszusammenarbeit von Bund und Ländern wird blockiert, duale Ausbildung vernachlässigt, die soziale Schieflage bei der Studienfinanzierung verschärft. Die Koalition verhindert die Frauenquote in der Wirtschaft. Statt gleiche Bezahlung von Frauen und Männern gesetzlich durchzusetzen, weiten Union und FDP die Minijobs aus. Die Koalition erschwert die Integration, behindert gleiche Teilhabe an Bildung und Arbeit, und sie verhindert die doppelte Staatsbürgerschaft. Schwarz-Gelb kündigt das Solidarprinzip im Gesundheitssystem, wälzt steigende Kosten auf die Versicherten ab und belastet kleine und mittlere Einkommen. Die Zusatzbeiträge sind der Einstieg in die Kopfpauschale. Die Koalition betreibt Klientelpolitik für die private Krankenversicherung. Die Reform der Pflegeversicherung will sie nicht.

Schwarz-Gelb verschärft Kinder- und Familienarmut und plündert die Rentenkasse. Sozialkürzungen (Elterngeld und Rentenversicherungsbeiträge für Langzeitarbeitslose, Heizungskostenzuschuß beim Wohngeld) betreffen die Bedürftigsten.

Mit der Senkung der Rentenbeiträge und der Kürzung des Rentenzuschusses betreibt Schwarz-Gelb eine Politik, als ob es keine nachfolgenden Generationen mehr gäbe.

Die Koalition ist blind für steigende Mieten, kürzt die Städtebauförderung und verschärft das Mietrecht zu Lasten der Mieter. Schwarz-Gelb hat in der Euro-Krise getäuscht und die Kosten in die Höhe getrieben. Durch die Spardiktate bricht die Wirtschaft im Euroraum ein, treibt die Jugendarbeitslosigkeit nach oben und wird die Schuldenspirale angeheizt. Die Haftung Deutschlands ist ständig gestiegen. Statt Entlastung der unteren und mittleren Einkommen – Klientelgeschenke für Hoteliers, reiche Erben und Unternehmen, die sich der Steuerpflicht entziehen. Und mit dem Schweizer Steuerabkommen wollte die Regierung Strafvermeidung aktiv unterstützen. Damit verschärft Merkel die Ungerechtigkeit und vertieft die soziale Spaltung.

Das freie Mandat darf kein Freibrief für Korruption sein

Wenn es um die Bekämpfung der Abgeordnetenbestechung geht, gehört die Bundesrepublik neben den Diktaturen als einzige parlamentarische Demokratie der Welt zu den Ländern, die ein internationales Abkommen zur Korruption nicht ratifiziert haben. 167 Länder weltweit haben die UN-Initiative unterzeichnet, wir nicht. Viele Monate haben die Rechtspolitiker der SPD gemeinsam mit den Grünen im Bundestag für ein Gesetz zur Strafbarkeit von Abgeordnetenbestechung gekämpft. Es geht im Kern darum, dass ein Abgeordneter bzw. eine Abgeordnete sich nicht kaufen lassen darf, um in einer bestimmten Weise abzustimmen. Diese Form der Bestechung muß unter Strafe gestellt werden. Aber Schwarz-Gelb hat diese Initiative der SPD mit ihrer Mehrheit abgelehnt !

Peer Steinbrück – Unser Kanzlerkandidat:

Meine politische Richtschnur: Leidenschaft, Verantwortung und Augenmass. Ich will mit **Leidenschaft** Politik machen für selbstbestimmte und selbstbewusste Menschen in unserem Land. Für eine Wir-Gesellschaft, die jedem gleiche Chancen gibt, sich einzubringen, die Vielfalt und Experimentierfreude ermöglicht, in der Leistung sich für alle lohnt.

Ich will **Verantwortung** übernehmen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Denn es ist etwas aus dem Lot geraten. Das Wachstum kommt nur bei wenigen an. Am unteren Ende reicht ehrliche Arbeit für viele kaum zum Leben, während ganz oben Steuerbetrüger die Solidarität aufkündigen. Doch wirtschaftlich stark bleibt Deutschland nur, wenn es gerecht zugeht.

Ich will mit **Augenmass** eine Politik gestalten, die die Realität anerkennt, sich aber nicht mit ihr abfindet. Wir haben eine Regierung, die seit vier Jahren bunte Etiketten auf leere Flaschen klebt – die nur so tut, als ob. Das wird unserem Land nicht gerecht. Ich will eine Regierung führen, die die Dinge zum Besseren verändert.

Deshalb bitte ich Sie, nutzen Sie die große Chance. Wählen Sie Ihre Direktkandidatin Dagmar Schmidt und mich als Ihren Bundeskanzler.

Wir stehen für gerechte Löhne, mindestens 8,50 Euro. Wir stehen für mehr Ganztagschulen, für Kitas statt Betreuungsgeld, für sichere Renten und beste Pflege, für gerechte Steuern und den Kampf gegen Steuerbetrug und für eine moderne Infrastruktur.

Thorsten Schäfer-Gümbel – Unser Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten in Hessen:

Ich bin davon überzeugt, Hessen kann es besser, wir können es besser. Die Umfragen stehen auf Wechsel. Aber nicht die Umfrageinstitute und Medien müssen wir für uns gewinnen, sondern Sie, die Menschen in unserem Land.

Wir sorgen dafür, dass alle Kinder gleiche Chancen haben. Unabhängig von Herkunft und Geldbeutel der Eltern. Neun von zehn Eltern wollen für ihr Kind kein G8-Schnell-Abitur. Wir beenden den G8-Murks. Wir stehen für Wahlfreiheit. Die Schulzeit wird nach individuellen Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler zugeschnitten. Wir schaffen pro Jahr 100 echte Ganztagschulen mit Förderangeboten für alle Kinder.

Wir treten ein für mehr Steuergerechtigkeit, um mehr in die Bildung und Zukunft unserer Kinder zu investieren. Wir bändigen die Finanzmärkte und beteiligen die Zocker an den Kosten der Krise. Wir bekämpfen Steuerflucht durch mehr Steuerfahnder. Steueroasen sind Gerechtigkeitswüsten.

Wir gehen gegen das Lohndumping vor, begrenzen Leiharbeit und schaffen einen Mindestlohn, von dem man leben kann. Mehr als 200 000 junge Hessinnen und Hessen sind ohne Ausbildung. Wir machen allen ein Angebot. Garantiert !

Deshalb bitte ich Sie, wählen Sie am 22. September Ihren Direktkandidaten Murat Polat und mich als Ihren Ministerpräsidenten. Wir haben Ihr Vertrauen verdient.

Alternative Stimmabgabe – Die Briefwahl

Wer am Sonntag, 22. September, nicht das Wahllokal aufsuchen kann – ganz gleich aus welchen Gründen – der kann – besser er sollte – von der Briefwahl Gebrauch machen.

Voraussetzung für die Teilnahme an der Briefwahl ist die Beantragung eines Wahlscheines. Ein Wahlschein kann persönlich, mündlich (nicht telef.) oder schriftlich (Brief, Fax oder E-Mail) beim Stadtteilbüro beantragt werden. Auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigungskarte ist bereits ein schriftlicher Antrag auf einen Wahlschein abgedruckt. Es kann dabei gleich mit angegeben werden, dass die Briefwahlunterlagen ebenfalls zugeschickt werden sollen.

Wahlschein und Briefwahlunterlagen sind bis Freitag, 20. September, 18.00 Uhr zu beantragen. Bei plötzlicher Erkrankung können Briefwahlunterlagen auch noch bis Sonntag, den 22. September, um 15.00 Uhr beantragt werden.

Von größter Wichtigkeit ist, dass nach erfolgter Wahl der Wahlbriefumschlag rechtzeitig zur Post gegeben oder gleich im Stadtteilbüro abgegeben wird.

Der Wahlbrief muß spätestens am 22. September bis 18.00 Uhr im Neuen Rathaus in Wetzlar vorliegen.

Sollten Sie unsere Hilfe benötigen, stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. (Telefon: 324 70).

H e r z l i c h e E i n l a d u n g

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

der SPD Ortsverein Hermannstein/Blasbach lädt Sie zu seinem diesjährigen Grillfest am

**Sonntag, dem 15. September, ab 11.00 Uhr
auf dem Backhausplatz in der Dillstraße,**

ganz herzlich ein. Neben den obligatorischen Rostbratwürstchen und Steaks gibt es kalte und warme Getränke und ab 14.00 Uhr Kaffee und selbstgebackenen Kuchen.

Gegen 13.00 Uhr besuchen uns unsere Landtags- und Bundestagskandidaten für die Wahlen am 22. September. Hier besteht für Sie die Gelegenheit, Ihre Wünsche an die Bewerber heranzutragen und ins Gespräch zu kommen.

Über Ihren Besuch würden wir uns sehr freuen.

Martina Heil-Schön
Ortsvereinsvorsitzende

Eberhard Spamer
Ehrenvorsitzender

Ein Idol aus Wetzlar – August Bebel

August Bebel, einer der Begründer der Sozialdemokratie. Die Lebensverhältnisse seiner Kindheit und Jugend in Wetzlar prägten seine Person und seine Politik. Der Verbesserung der Situation der Arbeiterschaft sowie der Gleichberechtigung der Frau galt sein Engagement. In einer bemerkenswerten Ausstellung im Wetzlarer Industriemuseum können Sie sein Leben und Wirken – insbesondere die Jahre in Wetzlar – nachvollziehen. Ein Besuch lohnt sich !

Aufstieg durch Bildung klappt mit guten Ganztagschulen

Ganztagschulen sind ein entscheidender Schlüssel für Chancengleichheit. Denn hier können alle Kinder und Jugendlichen individuell gefördert werden. In Ganztagschulen ist genügend Zeit, um die Mathematikbegabung von Aiche zu entdecken und zu fördern. Und genügend Raum, um Lukas` Lese-Schreib-Schwäche zu beheben. Ganztagschulen sind Motoren der Integration. Sie sind gemeinsam mit Kitas das beste Mittel, elternhausbedingte Nachteile auszugleichen und die soziale Selektivität unseres Bildungssystems zu überwinden.

Nicht der Geldbeutel, das Stadtviertel oder die Herkunft dürfen darüber entscheiden, welchen Schulabschluß ein Kind macht, sondern es muß wieder das gelten, womit unsere Generation groß geworden ist:“ Aufstieg durch Bildung“, erklärt Frank-Walter Steinmeier, SPD-Fraktionschef unsere sozialdemokratische Überzeugung. Deshalb will die SPD, dass es überall in Deutschland gute Ganztagschulen gibt. „Projekt Zukunft“ – Deutschland 2020 – Bildungschancen mit guten Ganztagschulen für alle verbessern“ heißt der Antrag, den die SPD-Fraktion in den Deutschen Bundestag eingebracht hat.

Jede Schülerin und jeder Schüler soll – in Berlin genauso wie im Bayerischen Wald – eine Ganztagschule besuchen können, wenn sie oder er den Wunsch haben. Deshalb will die SPD ein zweites Ganztagsschulprogramm auflegen. Bis 2020 soll ein flächendeckendes Angebot guter Ganztagschulen geschaffen werden. 8 Milliarden Euro Bundesmittel will die SPD hierfür in den ersten vier Jahren bereit stellen.

Der Staatsgerichtshof Hessen zeigt der Landesregierung die „Rote Karte“

Wie bekannt, haben Hessens Landkreise keine eigene Steuerkompetenz. Sie sind darauf angewiesen, sich aus der Landeszuweisung und der Kreisumlage – die die Gemeinden und Städte zu stemmen haben – zu finanzieren um die vielfältigen Aufgaben, die der Gesetzgeber den Kreisen auferlegt hat (z.B. Unterhalt der Schulen) bewältigen zu können. Die LUPE hat dieses Thema in der Vergangenheit mehrfach aufgegriffen.

Bleiben wir zunächst bei den Hauptfinanzierungsarten der Landkreise. Die Kreisumlage wurde vom Land gedeckelt, so dass über diese Umlageart finanzieller Mehrbedarf z. B. für marode Schulen, nicht in Anspruch genommen werden kann, außerdem gehen die Städte und Gemeinden ebenfalls „Am Stock“.

Damit bleibt lediglich die Finanzierungsart“ Finanzausgleich“ durch das Land Hessen, was Verfassungsrang hat und die Landesregierung verpflichtet, die Kommunen – also auch die Landkreise – finanziell so auszustatten, dass sie die ihnen übertragenen Aufgaben seriös erledigen können.

So weit, so gut. Wie handelt jedoch die von CDU und FDP gebildete Landesregierung ? Sie beschließt ein Gesetz mit Wirkung vom 1.1.2011 und reduziert die Steuermasse für die kreisfreien Städte, die kreisangehörigen Städte und Gemeinden, den Landeswohlfahrtsverband und die Landkreise um jährlich 360 Mio. Euro. Für den Lahn-Dill-Kreis fehlen seit 2011 jährlich also satte 10 Mio. Euro in der Kasse.

Mit anderen Worten: Ohne den Landes(Fehl)griff in die Kassen der Kommunen hätte man sich das Feigenblatt „65 Mio. Schutzschirm“ (weitgehend Kredit finanziert) und zwar ohne die zwangsangeordneten Sparmaßnahmen mit der Brechstange, schenken können. Soweit die Vorgeschichte. Wie kommt nun der Staatsgerichtshof ins Spiel ?

Die Stadt Alsfeld hat für die kommunale Seite eine Grundrechtsklage eingereicht, die zulässig ist, wenn Gesetze die Vorschriften der Hess. Verfassung über das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen verletzen und mit der Verfassung des Landes unvereinbar sind. Der Staatsgerichtshof hat der Grundrechtsklage am 21. Mai 2013 stattgegeben und das Gesetz in wesentlichen Teilen für verfassungswidrig erklärt.

Hier einige Leitsätze aus dem Urteil:

Die Gemeinden haben einen aus dem kommunalen Selbstverwaltungsrecht abgeleiteten Anspruch gegen das Land Hessen auf angemessene Finanzausstattung.

Die Garantie einer angemessenen Finanzausstattung verlangt jedenfalls, dass die Kommunen in der Lage sind, neben den Pflichtaufgaben auch ein Mindestmaß an freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben wahrzunehmen. Über diese Mindestausstattung hinaus haben die Kommunen einen von der Finanzkraft des Landes abhängigen weitergehenden Anspruch auf Finanzausstattung.

Die Aufgaben der Kommunen bilden den verfassungsrechtlichen Maßstab, der den Umfang der angemessenen Finanzausstattung bestimmt.

Der Landesgesetzgeber kann seiner Verpflichtung zu einem aufgabengerechten Finanzausgleich nur nachkommen, wenn er die Höhe der zur kommunalen Aufgabenerfüllung notwendigen Finanzmittel kennt. Dies setzt eine Ermittlung des durch Aufgabenbelastung und Finanzkraft vorgezeichneten Bedarfs der Kommunen voraus.

Das Land Hessen hat den Finanzbedarf seiner Kommunen nicht ermittelt und ist damit den verfahrensrechtlichen Mindestanforderungen an eine Finanzentscheidung nicht gerecht geworden. Dies hat die Verfassungswidrigkeit der Veränderung der Steuerverbundmasse und die Verletzung des Selbstverwaltungsrechtes der Antragsteller zur Folge.

Und wie geht es weiter ? Die Landesregierung (CDU/FDP) hüllt sich in Schweigen. Abtauchen und nach dem Wahltermin sehen wir weiter – nach vorgelebter Art der Bundesregierung unter der Führung von Frau Merkel.

Wahlbetrug: CDU/CSU stimmt gegen Mietpreisbremse Schwarz-Gelb hat die Chance vertan, ihre Glaubwürdigkeit bei den Mieterinnen und Mietern wieder herzustellen. Die Kanzlerin und die CDU hätten zeigen können, wie ernst es ihnen mit der Mietpreisbremse ist. Denn die SPD-Fraktion brachte ihren Vorschlag zu einer Begrenzung von Mieten bei Wiedervermietungen von Wohnungen erneut in den Bundestag ein, und zwar als Änderungsantrag zu der Verbraucherrechterichtlinie. Dagegen stimmten am 14. Juni 2013 215 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion. Von der FDP lehnten 82 Abgeordnete die Mietpreisbremse ab, aber die wollten sie ja ohnehin nicht.

Mehr Bürgerbeteiligung wagen

In der Bevölkerung wächst der Wunsch nach stärkerer Beteiligung an politischen Entscheidungen. In den Bundesländern und Kommunen, in der Europäischen Union und auf der nationalstaatlichen Ebene vieler umliegender Länder sind Elemente der direkten Demokratie verfassungsrechtlich verankert. Auf Bundesebene gibt es in Deutschland aber keine Volksabstimmungen außer jenen zur Ablösung des Grundgesetzes und zur Neugliederung des Bundesgebietes.

Die SPD will nun ein Stück Mitverantwortung der Bürgerinnen und Bürger einführen. Der SPD-Entwurf zur Ergänzung des Grundgesetzes um direkte Bürgerbeteiligung auf Bundesebene wurde am 14. Juni 2013 im Bundestag debattiert. Dort stellte die SPD fest „Die Zeit ist reif für eine Erweiterung der Demokratie“. Die Möglichkeit eines Volksentscheides werde auch die politische Kultur verändern. Man muß den Willen des Volkes stärker im Auge behalten und früher den Dialog suchen erklärte der Fraktionssprecher.

Die vorgeschlagene Grundgesetzänderung orientiert sich mit einem dreistufigen Verfahren aus Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid an der Mehrheit der jüngeren, direktdemokratischen Regelungen einiger Bundesländer.

Ein Vorbild für die SPD-Fraktion ist die Schweiz. Dort gab es ein Referendum über die Höhe der Managerbezüge. Die Initiativen der SPD sollen nicht zuletzt helfen, die sinkende Wahlbeteiligung aufzuhalten. Viele Menschen fühlen sich nicht mehr mitgenommen. Diese Menschen wollen und dürfen wir nicht verloren geben.



Herausgeber:

**SPD-Ortsverein
Hermannstein/Blasbach**

**Verantwortlich und
Redaktionsanschrift:**

**Waldemar Kleber
Oderweg 6, 35586
Wetzlar, Tel. 324 70**

Redaktion:

**Eberhard Spamer
Martina Heil-Schön**

Die LUPE erscheint unregelmäßig und wird kostenlos an alle Haushalte verteilt. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.